zur Übermittlung der Klageschrift als elektronisches Dokument nach § 52 d Satz 1 Finanzgerichtsordnung – FGO – besteht, wenn ein Rechtsanwalt beim Finanzgericht eine Klage in eigener Sache erhebt, in der Klageschrift seinen beruflichen Status nicht offenlegt und die Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) für ihn unzumutbar ist, Az. 3 K 3005/23.

Der Kläger ist Partner einer Rechtsanwaltssozietät. Die von ihm übermittelte Klageschrift enthielt keinen Hinweis auf seine Tätigkeit als Rechtsanwalt. Lediglich aus der Einspruchsentscheidung ergab sich, dass er Einkünfte aus selbständiger Arbeit als Rechtsanwalt erzielte. Nachdem das Gericht dies bemerkt hatte, wies es den Kläger darauf hin, dass die Klage im Hinblick auf § 52 d Satz 1 FGO möglicherweise unzulässig sei. Daraufhin erklärte der Kläger, dass eine Nutzung seines beA für ihn unzumutbar sei, da mehrere Angestellte der Sozietät Zugriff auf sein beA hätten und ihnen anderenfalls seine steuerlichen Verhältnisse offenbart worden wären. Die Partner der Anwaltssozietät hätten sich zudem vertraglich verpflichtet, gegenüber den Angestellten die Gewinne der Sozietät und die Gewinnanteile der einzelnen Partner nicht offenzulegen.

Der 3. Senat des FG hat die in der höchstgerichtlichen Rechtsprechung bislang nach seiner Auffassung nicht abschließend geklärte Streitfrage, ob die elektronische Übermittlungspflicht für Rechtsanwälte nach § 52 d Satz 1 FGO bzw. § 130 d Satz 1 ZPO statusbezogen oder rollenbezogen auszulegen ist, offengelassen. Bei statusbezogenem Verständnis wären Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte auch dann stets zur elektronischen Übermittlung von Schriftsätzen verpflichtet, wenn sie nicht in ihrer Rolle als Berufsträger auftreten. Bei einem rollenbezogenen Verständnis käme es hingegen darauf an, ob sie als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt handeln. Entscheidend war für das Gericht, dass es für den Kläger im konkreten Fall unzumutbar gewesen wäre, sein beA zu nutzen, da sonst anderen Angestellten der Sozietät seine steuerlichen Verhältnisse offenbart worden wären, was auch im Widerspruch zu den Pflichten des Klägers aus dem Sozietätsvertrag stehe.

Quelle: Pressemitteilung des FG Berlin-Brandenburg Nr. 8/2025 vom 19. Juni 2025

■ Sozialrecht

Verschlucken beim Kaffeetrinken kann Arbeitsunfall sein

Wenn ein Arbeitnehmer sich beim Kaffeetrinken verschluckt und infolgedessen stürzt, kann das im Einzelfall einen Arbeitsunfall darstellen. Das hat das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt mit Urteil vom 22. Mai 2026 entschieden, Az. L 6 U 45/23.

Der Kläger war als Vorarbeiter auf einer Baustelle beschäftigt. Beim Kaffeetrinken während einer morgendlichen Besprechung im Baucontainer verschluckte er sich, ging huschend zur Tür, um sich draußen auszuhusten, verlor kurz das Bewusstsein und stürzte mit dem Gesicht auf ein Metallgitter. Dabei brach er sich das Nasenbein.

Das sei kein Arbeitsunfall, befand die zuständige Berufsgenossenschaft, denn das Kaffeetrinken habe keinen betrieblichen Zwecken gedient. Es sei vielmehr dem privaten Lebensbereich des Klägers zuzuordnen. So sah es auch das Sozialgericht, das in erster Instanz über den Fall zu entscheiden hatte.

Die 6. Kammer des LSG bewertete dies anders. Zwar erstrecke sich der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung grundsätzlich nicht auf die Aufnahme von Nahrung oder Getränken, wenn und soweit damit ein menschliches Grund-

bedürfnis befriedigt wird. Im vorliegenden Fall sei das Kaffeetrinken aber nicht auf das Grundbedürfnis des Durstlöschens gerichtet gewesen, sondern habe (auch) betrieblichen Zwecken gedient. Der gemeinsame Kaffeegenuss während der verpflichtend vorgeschriebenen Besprechung habe eine positive Arbeitsatmosphäre und eine Stärkung der kollegialen Gemeinschaft bewirkt. Zudem habe der Kaffee für erhöhte Wachsamkeit und Aufnahmebereitschaft gesorgt. Das sei auch dem Arbeitgeber bewusst gewesen, der sich teilweise selbst um das Auffüllen der Kaffeevorräte gekümmert habe. Deshalb sei der Fall auch anders zu beurteilen, als wenn sich ein Arbeitnehmer z.B. in der Frühstückspause an einem Kaffee verschluckt, den er selbst in der Thermoskanne mitgebracht hat.

Quelle: Pressemitteilung des LSG Sachsen-Anhalt Nr. 2/2025 vom 19. Juni 2025

VERANSTALTUNGEN

■ 9. Speyerer Migrationstage von 22. – 23. September 2025

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Constanze Janda finden am 22. und 23. September 2025 die 9. Speyerer Migrationsrechtstage 2025 statt. Thema der Tagung sind die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) von 2024 und die Konsequenzen der anstehenden Rechtsänderungen für die Migrationsverwaltung in Deutschland.

Information unter <https://www.uni-speyer.de/weiterbildung/weiterbildungsprogramm/-/online-anmeldung>.

PERSONALIA

■ Christine Linné zur Direktorin des Arbeitsgerichts Halle ernannt

Christine Linné wurde am 26. Februar 1974 in Hessen geboren. 2002 begann sie ihre richterliche Laufbahn als Proberichterin in Sachsen-Anhalt. Nach einer Abordnung an das Justizministerium wurde sie im Jahr 2008 zur Richterin am Amtsgericht Halle (Saale) ernannt. Ab 2017 folgten weitere Stationen als Richterin beim Landgericht Halle, beim Oberlandesgericht Naumburg, beim Arbeitsgericht Halle und beim Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt in Halle (Saale) sowie von 2020 bis 2022 an das Bundesarbeitsgericht. 2022 wurde Christine Linné zur Direktorin des Arbeitsgerichts Dessau-Roßlau ernannt.

Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt Nr. 17/2025 vom 30. Juni 2025

■ VPräsVG Berlin Wilfried Peters wird Leiter des Verfassungsschutzes Brandenburg

Der 62-jährige promovierte Jurist und Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Berlin Wilfried Peters arbeitete zunächst als Rechtsanwalt. 1999 wurde er Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, erst in Brandenburg und 2010 in Berlin. Peters war mehr als 15 Jahre Vorsitzender der 1. Kammer des VG Berlin, die u. a. für das Sicherheitsrecht sowie das Verfassungsschutzrecht zuständig ist. Die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und des Landes Berlin sowie das G 10-Gesetz hat der künftige Leiter des Verfassungsschutzes bearbeitet und kommentiert.

Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg vom 17. Juni 2025